

Schlechte Stimmung in der Wirtschaft

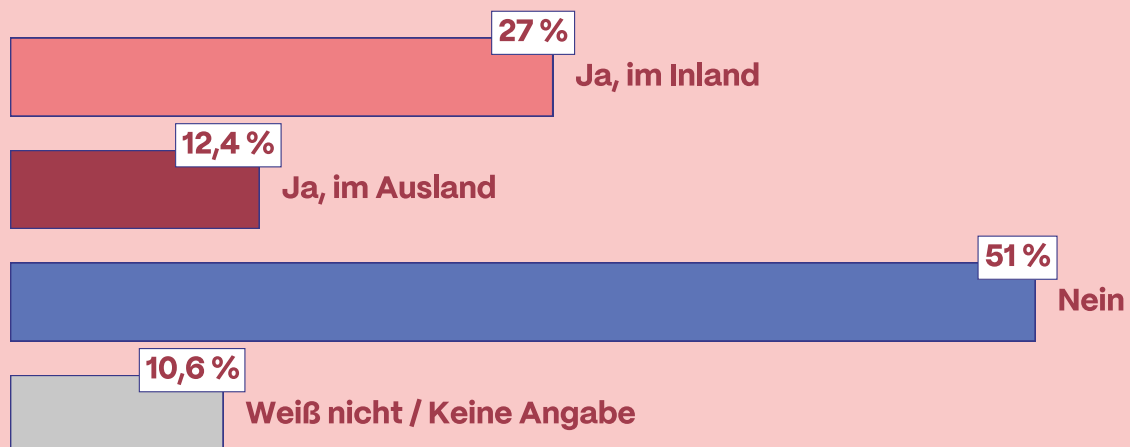
Umfrage zur wirtschaftlichen Situation
von Unternehmen in Deutschland

INSM

Stillstand ist der Tod.

Nicht mal jeder zweite Unternehmer plant 2025 überhaupt Investitionen — und nur jeder vierte in Deutschland.

Planen Sie als Unternehmer, im kommenden Jahr größere Investitionen zu tätigen?



Die Höhe der Unternehmensinvestitionen ist historisch gering. Gerade einmal 27 Prozent der befragten deutschen Unternehmer gaben an, für das Jahr 2025 nennenswerte Investitionen zu planen. Dabei sind kaum regionale Unterschiede zwischen Ost und West zu verzeichnen.

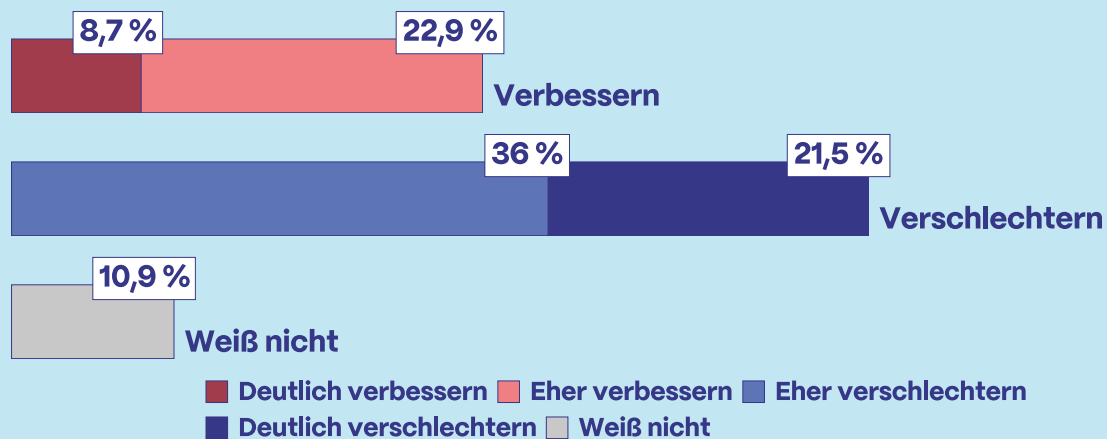
Besonders problematisch: Deutschland wird auch für ausländische Investoren zunehmend unattraktiv. 2024 sank die Summe der angekündigten ausländischen Investitionen in die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge; mit 733 Mrd. Euro ist sie auf dem tiefsten Stand seit 2013.¹

Bleibt alles

Nicht einmal jeder dritte Unternehmer glaubt, dass sich die wirtschaftliche Situation für ihn im kommenden Jahr verbessern wird.

gleich? gleich? gleich

Wie wird sich das wirtschaftliche Umfeld für Ihr Unternehmen Ihrer Meinung nach in den nächsten fünf Jahren entwickeln?



Die deutschen Unternehmer verlieren zunehmend ihren Optimismus. Gerade einmal 8,7 Prozent gehen von einer deutlichen Verbesserung in den nächsten fünf Jahren aus — dem stehen 21,5 Prozent gegenüber, die mit einer deutlichen Verschlechterung rechnen. Dabei sind die regionalen Unterschiede enorm: Glauben unter westdeutschen Unternehmern noch 34,5 Prozent an eine Verbesserung der Situation, sind es im Osten nur 15,1 Prozent.

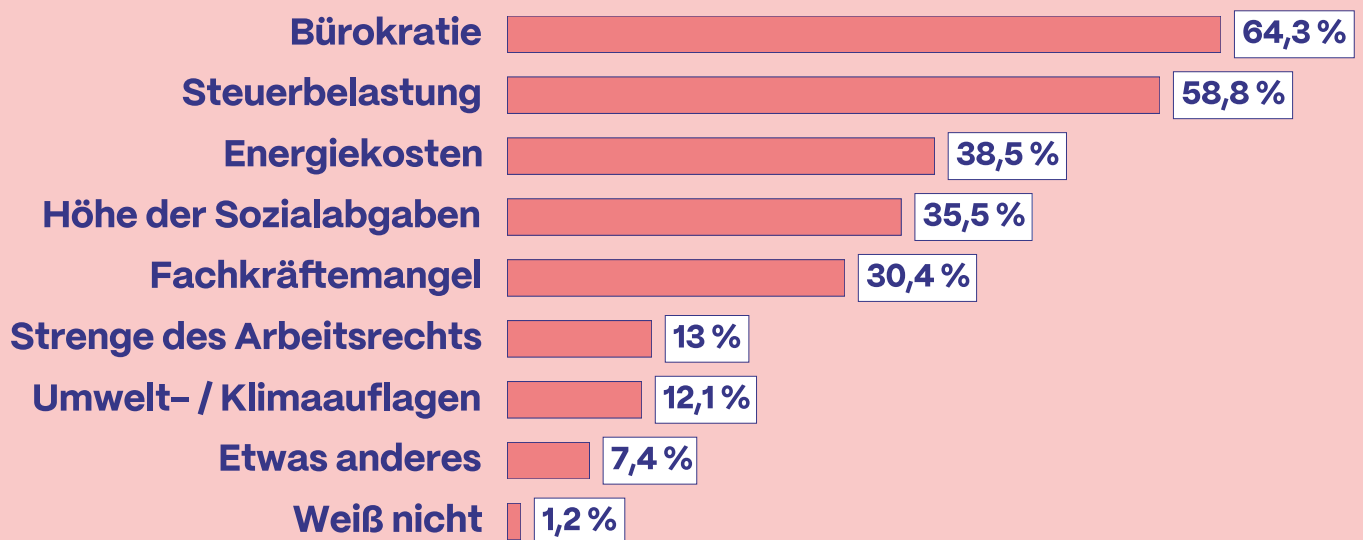
Auch aus der Wissenschaft kommen keine hoffnungsvollen Aussichten: Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel rechnet in seiner Winterprognose auch für 2025 weiter mit einer stagnierenden Wirtschaft — 0 Prozent Wachstum in diesem Jahr.²

Es ist ganz einfach: Es ist kompliziert.

Bürokratie ist das größte Problem für deutsche Unternehmer.

Was sind aktuell die größten Probleme für Sie als Unternehmerin oder Unternehmer?

(Mehrfachantworten möglich)



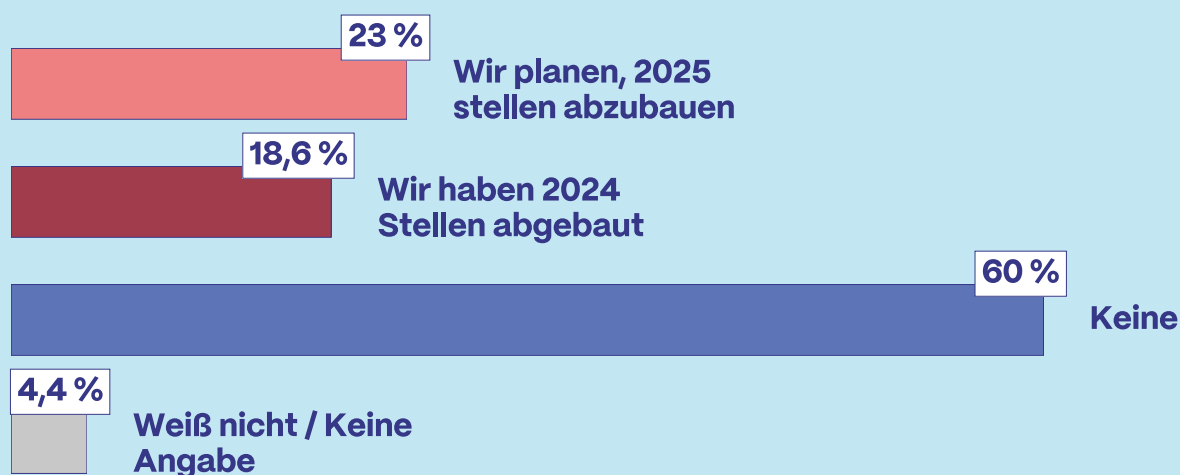
Die Bürokratie bleibt aus Sicht der Unternehmer das größte Problem in Deutschland. Noch vor der hohen Steuerbelastung (58,8 Prozent) und den Energiekosten (38,5 Prozent) nennen sie mit 64,3 Prozent die Belastung durch staatliche Vorgaben als ihr größtes Problem. Vor allem in strukturschwachen Regionen trifft das zu: In Städten und Landkreisen mit sehr niedriger regionaler Kaufkraft halten 75,7 Prozent der befragten Unternehmer die Bürokratie für ihr größtes Problem. Ist die regionale Kaufkraft hingegen sehr hoch, sind es 60,3 Prozent.

Die Zahlen geben den Unternehmern Recht: Der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch Bürokratiebelastung lag 2024 laut Normenkontrollrat bei 14 Mrd. Euro.³

Frisch gestrichen: ~~die Arbeits-~~ ~~plätze~~ von morgen.

Fast jeder vierte Unternehmer will 2025 Stellen abbauen!

Welche dieser Aussagen in Bezug auf den Abbau von Stellen treffen auf Ihr Unternehmen zu?



Auch beim Stellenabbau sind die Zahlen besorgniserregend. 23 Prozent der Unternehmer rechnen fest damit, 2025 Stellen abbauen zu müssen — fast jeder vierte. Dabei gaben 18,6 Prozent einen Stellenabbau bereits im Jahr 2024 an. Der Trend trifft vor allem dünn besiedelte Regionen. In Städten und Landkreisen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte planen 32,8 Prozent der Unternehmer einen Abbau von Stellen, in sehr dicht besiedelten sind es 20,8 Prozent.

Ein Blick auf die Insolvenzzahlen in Deutschland stützt diese Aussicht: Im Jahr 2024 wurden etwa 121.300 Insolvenzverfahren eingeleitet — ein Anstieg zum Vorjahr um 10,6 Prozent und der höchste Stand seit 2015.⁴ Eine Trendwende ist aktuell nicht zu erwarten.

Impressum

Unternehmerbefragung 2025

Im Zeitraum vom 07.01.2025 bis 18.01.2025 hat Civey für die INSM 500 Unternehmer mit fest angestellten Mitarbeitern befragt.

Herausgeber:

INSM Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:

Thorsten Alsleben

Projektleitung:

Philipp Despot

Grafische Umsetzung:

Lennart Briehl

Kontakt:

info@insm.de

Veröffentlicht: Februar 2025

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Quellen:

- 1 – [EY \(05, 2024\): Bericht Standort Deutschland](#)
- 2 – [IfW Kiel \(12, 2025\): Winterprognose](#)
- 3 – [Nationaler Normenkontrollrat \(09, 2024\): Jahresbericht.](#)
- 4 – [IWH Halle \(01, 2025\): IWH-Insolvenztrend.](#)